INSEL USEDOM

SPD

INSELZEITUNG

Nachrichten und Meinungen von der Insel Usedom und Umgebung

September 2022

SPD fordert Bettenstopp! Start einer Unterschriftenkampagne

Der Ausbau touristischer Übernachtungsangebote in Hotels, Pensionen, Ferienhäusern, Ferienwohnungen und Apartments auf der Insel Usedom hat sich in den vergangenen Jahren ungemindert fortgesetzt. Die Reiseverkehrsstatistik des Landes Mecklenburg-Vorpommern registrierte 2021 für Usedom 813.000 Gästeankünfte. Zu diesen Zahlen müssen noch einmal alle Gäste in den vielen nicht-gewerblichen und kleineren Unterkünften (unter 10 Betten) hinzugerechnet werden; sie machen immerhin ca. ein Drittel aller Übernachtungsmöglichkeiten auf der Insel aus. Hunderttausende Tagesreisende, die jedes Jahr die Insel besuchen, sind noch nicht eingerechnet.

„Wohnen an der Kliffkante" – Baustelle im Baugebiet *Vitalwelt Inselträume* in Zirchow und Garz. Am Haff-Kliff entstehen etwa 2.000 Betten (inkl. Mietwohnungen), aber jegliche Infrastruktur fehlt! Auch fehlt weitestgehend ein freier Uferzugang. Von der einst reichen Bewaldung sind im gesamten Bebauungsgebiet nur Reste geblieben. Diese Art der Bebauung ist für uns Usedomer kein Traum, sondern eher ein Alptraum!

Kein Zweifel: Der Tourismus schafft Arbeitsplätze und Freizeitmöglichkeiten, von denen auch die Einwohnerinnen und Einwohner profitieren. Aber inzwischen sind die Grenzen des Wachstums erreicht! Wir können nicht weiter den immer neuen Investitionen in Bettenburgen und Ferienparks tatenlos zuschauen:

- **Die Verkehrsbelastung nimmt zu.** Jeder kennt und fürchtet die wiederkehrenden Verkehrsinfarkte in den Sommermonaten auf den Hauptverkehrswegen. Das führt zu langen Fahrzeiten und steigender Abgasbelastung. Parkplätze sind kaum zu bekommen.
- **Die Bebauung zerstört die Natur.** Immer mehr Wälder werden abgeholzt und landwirtschaftliche Flächen zerstört, um Platz für neue Ferienparks zu schaffen. Uferzugänge werden abgesperrt, um gut zahlenden Gästen exklusiven Wasserzugang verkaufen zu können. Flächen werden versiegelt, um Parkraum zu schaffen.
- **Wohnraum wird knapper und teurer.** Bauland ist kostbar geworden und damit zunehmend unbezahlbar für Normalverdienende. Preise von einer Million Euro und mehr für den Kauf einer 100 m² Wohnung sind in den Seebädern keine Seltenheit mehr. Der Markt für bezahlbare Mietwohnungen ist leergefegt. Immer mehr Häuser und Wohnungen werden in Ferienquartiere und Zweitwohnsitze umgewandelt. Dauerwohnungen werden dadurch dem Markt entzogen. „Sylter Verhältnisse" wollen wir nicht!
- **Die Wasserversorgung erzwingt hohe öffentliche Investitionen.** Der Bau weiterer Wasser- und Abwasserkapazitäten, um den wachsenden Bedarf durch neue Ferienanlagen zu decken, wird über die Gebühren von uns allen bezahlt.
- **Viele Usedomerinnen und Usedomer fühlen sich** nicht mehr zuhause. In den Seebädern halten sich im Sommer um ein Vielfaches mehr Touristen als Einwohner auf. Orte werden zunehmend von Ferienanlagen und Hotels dominiert. Selbst in Dörfern im Achterland gibt es mancherorts bereits wesentlich mehr Ferien- als Wohnhäuser. Im Winter sind die Dörfer dann ausgestorben.

Die Probleme sind uns allen bekannt. Studien deuten darauf hin, dass sich mittlerweile die Akzeptanz des Tourismus in der Bevölkerung Usedoms verringert. Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung an Entscheidungen, die Bedeutung für die Tourismusentwicklung haben, fehlen.

Dennoch wird unvermindert geplant und gebaut. Weitere große Projekte sind zum Beispiel in Kamminke oder Peenemünde/Karlshagen in Vorbereitung. Wir fordern daher einen **sofortigen Stopp neuer Planungen und Genehmigungen** für weitere touristische Anlagen. Auch fordern wir die inselweite Koordination touristischer Planung, um in der Zukunft die Insel als gemeinschaftlichen Tourismusraum zu entwickeln, anstatt weiter im ungesunden Konkurrenzdenken der Gemeinden zu verharren. Das jüngst erstellte Raumentwicklungskonzept Usedom 2021-2030 bietet hierzu geeignete Vorschläge (https://www.rpv-vorpommern.de/projekte/verkehr/raumentwicklungskonzept-verkehr-tourismus-und-leben-in-der-region-insel-usedom).

Das noch unbebaute Land auf dem Kamminker Kliff im Landschaftsschutzgebiet ist schon lange ein Objekt der Begierde für „Investoren". Dem widersetzen wir uns!

Was muss getan werden?

Wir fordern unsere **Gemeindevertretungen auf:**

→ ihre Flächennutzungs- und Bebauungspläne dahingehend fortzuschreiben, dass keine weiteren Ferienunterkünfte ausgewiesen werden;

→ Wohnraumerhaltungssatzungen nach dem Vorbild der Gemeinden Stolpe auf Usedom und Zinnowitz zu verabschieden, in denen verfügt wird, dass bestehender Wohnraum nicht mehr ohne Genehmigung der Gemeinden in Ferienhäuser und Ferienwohnungen umgewandelt werden darf;

→ sich zusammen mit den anderen Gemeinden der Insel auf eine verbindliche Struktur gemeinsamer Planung (z.B. Zweckverband) zu einigen und sich zum gemeinsamen Handeln zu verpflichten.

Wir fordern vom **Landkreis Vorpommern-Greifswald**:

→ keine weiteren Flächen per Änderungsverordnung aus dem Landschaftsschutzgebiet Insel Usedom und Festlandgürtel zu schneiden, um Platz für neue Tourismusgebiete zu schaffen.

Die **gesetzlichen Rahmenbedingungen** müssen dem Rechnung tragen. Es besteht Reformbedarf beim Baurecht und Naturschutz. Z. B. sind größere Uferabstände beim Bauen an Ufern und Kliffs nötig.

Unterschreiben Sie den Aufruf Bettenstopp Usedom

Die SPD Usedom führt eine Unterschriftensammlung durch, um ihrer Forderung nach Bettenstopp auf allen politischen Ebenen Nachdruck zu verleihen. Um die Forderungen zu unterstützen, unterschreiben auch Sie! Z. B. digital auf www.bettenstopp-fuer-usedom.de.

Oder fordern Sie telefonisch Unterschriftenlisten an unter 03834-2500.

Die SPD Insel Usedom wird die Unterschriften nutzen, um zusammen mit den Abgeordneten in den Gemeindevertretungen, im Kreistag, Landtag und im Bundestag den genannten Forderungen Nachdruck zu verleihen.

Unterschreiben Sie über diesen Link die Kampagne Bettenstopp für Usedom

Kein polnischer Schwerlastverkehr über die B110!

Eine große Sorge geht im Inselsüden um: Wenn der Swinetunnel Mitte 2023 fertig ist, rollen dann über die B110 polnische LKWs? „Das werden wir verhindern!", versichert der Greifswalder SPD-Bundestagsabgeordnete Erik von Malottki bei einem Besuch an der Garzer Grenze. Von Malottki verbindet seine Zusicherung mit der Forderung an Bund und Land, die im Grenzbereich teilweise nur 4 m breite Bundesstraße nicht zu verbreitern. Denn dann ergibt sich von selbst der Ausschluss eines LKW-Begegnungsverkehrs.

Der damalige MV-Verkehrsminister Christian Pegel hatte bereits 2017 in der Stadt Usedom versichert, dass an eine Verbreiterung der B110 nicht gedacht ist. Er hatte zudem rechtlich untersuchen lassen, ob Polen europarechtliche Chancen hat, die Verbreiterung der B110 vor dem europäischen Gerichtshof durchzusetzen. Ergebnis eines Gutachtens der Rechtsanwaltskanzlei Redecker in Bonn war ein eindeutiges Nein. Zuletzt hatte auch MV-Wirtschaftsminister Reinhard Meyer (SPD) unterstrichen, dass der Tunnel nicht zu mehr Schwerlastverkehr auf der deutschen Inselseite führen darf.

Die Straße auf deutscher Seite ist viel zu schmal, um Schwerlastverkehr zu erlauben. Das soll auch so bleiben!

Zur Zeit dürfen von Polen aus keine schweren Lastwagen auf die B110 fahren. Inzwischen wurde bekannt, dass der Swinetunnel auch für LKWs über 7,5 t ausgelegt wird. Die Insel-SPD befürchtet, dass Polen vor dem EU Gerichtshof versucht, die Tonnagebegrenzung auf der B110 aufzuheben.

Possentheater in Heringsdorf

Die Fraktion der CDU in der Gemeindevertretung Heringsdorfs hat sich seit 2020 darauf versteift, die Bürgermeisterin Laura Isabelle Marisken durch einen Beschluss zu einer Personalbesetzung zu zwingen, die zum wiederholten Male als rechtswidrig eingestuft wurde. Was war passiert? Der Posten des zweiten stellvertretenden Bürgermeisters der Gemeinde war nicht besetzt und konnte kurzfristig auch nicht neu besetzt werden, weil es zu der Zeit keinen leitenden Mitarbeiter bzw. keine leitende Mitarbeiterin der Verwaltung gab, die die gesetzliche Voraussetzung zur Ausübung dieses Postens erfüllte. Die Rechtsaufsicht des Kreises Vorpommern-Greifswald bestimmte daraufhin eine Angestellte des Rathauses, diese Funktion vorübergehend auszuüben, wie in einer solchen Situation üblich. Unüblich hingegen war die Reaktion der Gemeindevertretung. Anstatt die befristete Übergangslösung zu akzeptieren, widmete sie auf Betreiben der CDU-Fraktion einen Tagesordnungspunkt der Sitzung am 29.10.2020 der „Wahl eines zweiten stellvertretenden Bürgermeisters“ - obwohl es nichts zu wählen gab, denn der Bescheid der Rechtsaufsicht war eine Anordnung.

Der Gemeindevertreter Bernd Herrgott (CDU) stellte den Antrag, dem Geschäftsführer der KTS (Kaiserbäder Tourismus Service), Thomas Heilmann (CDU), der zugleich als Kurdirektor fungiert, diesen Posten zu übertragen. Die Bürgermeisterin Frau Marisken wies darauf hin, dass Herr Heilmann aus rechtlichen Gründen für eine solche Position nicht in Frage kommt. Die Mehrheit der Gemeindevertreter ließ sich jedoch von diesem juristischen Einwand nicht beeindrucken und wollte Frau Marisken verpflichten, Herrn Heilmann zum zweiten stellvertretenden Bürgermeister zu ernennen. Frau Marisken legte diese Angelegenheit der Rechtsaufsicht des Kreises und dem Innenministerium des Landes vor. Von beiden Stellen erhielt sie die Bestätigung, dass ihre Ablehnung den Rechtsvorschriften entspricht.

Die Farce nahm aber ihren Fortgang, als die Mehrheit der Gemeindevertreter beschloss, dennoch vor dem Verwaltungsgericht Greifswald einen Prozess gegen die Bürgermeisterin anzustrengen. Auch hier wurde die Position der Bürgermeisterin bestätigt, die Klage wurde abgewiesen. Damit war der Elan der Mehrheit der Gemeindevertreter aber noch nicht gebrochen. Sie beschloss am 22.6.2022, vor dem Oberverwaltungsgericht in Revision zu gehen, obwohl sie klar auf hoffnungslosem Posten stand. Letztlich hat erst die Erklärung von Herrn Heilmann, nicht mehr für die Stelle zur Verfügung zu stehen, das Verfahren zu einem Ende gebracht.

Wähler werden sich bei der kommenden Kommunalwahl an diese überflüssige und für den Steuerzahler teure Posse erinnern und sich fragen, ob es der CDU einzig und allein darum ging, ihren Einfluss in der Verwaltung zu vergrößern, und ob das Interesse der Gemeinde dabei überhaupt noch eine Rolle spielte.

Die Farce um den stellvertretenden Bürgermeister hat ein Ende. Ein Sieg der Rechtsstaatlichkeit im Heringsdorfer Rathaus.

Schluss mit dem Vergabeklüngel in den Kaiserbädern!

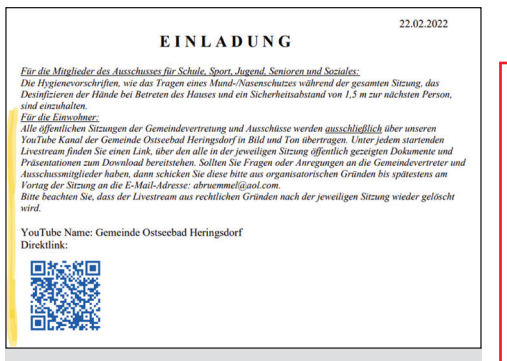
Bisher wurden von der Gemeindevertretung in Heringsdorf Pacht- und Nutzungsverträge freihändig, d. h. ohne Ausschreibung, vergeben. Es ist offensichtlich, dass damit Spielräume für eine wenig transparente Vergabepraxis, die mit Nachteilen für die Gemeinde und Mitbewerber verbunden ist, ermöglicht werden. Nicht-wettbewerbliche Verfahren sind anfällig für Mauschelei und Ermessensentscheidungen, die sich nicht am öffentlichen Interesse orientieren. Daher sollte eine Direktvergabe nur in begründeten Ausnahmefällen erfolgen. Im März 2022 wurde in der Gemeindevertretung heftig diskutiert, wie rechtlich einwandfreie Verfahren in der Vergabe von Pacht- und Nutzungsverträgen gestaltet werden müssen. Die CDU-Fraktion stellte mit Unterstützung der HGV den Antrag auf Fortsetzung der Direktvergabe, d. h. auf den Verzicht auf öffentliche Ausschreibungen. Allerdings zog sie den Antrag später wieder zurück. Ausschlaggebend war die Argumentation eines Vertreters des Kaiserbäderbündnisses, der eindringlich für ein ordnungsgemäßes und rechtlich abgesichertes Ausschreibungsverfahren plädiert hatte.

Als Insel-SPD stehen wir hinter der Ausschreibungspflicht und begrüßen das korrekte Verfahren, das nun in zwei Fällen praktiziert wurde und beibehalten werden muss.

Die Vergabe wichtiger Pacht- und Nutzungsverträge, z.B. für die Strandkorbvermietung, erfolgt in den Kaiserbädern in Zukunft hoffentlich durch öffentliche Ausschreibung.

Kaiserbäder: Politik muss transparent und bürgernah bleiben!

Am 31.03.2022 beriet die Gemeindevertretersitzung Heringsdorf über eine Fortführung der in Coronazeiten etablierten Live-Übertragung von Ausschuss- und Gemeindevertretersitzungen. Bürgerinnen und Bürger hatten ein starkes Interesse daran entwickelt. Bis zu 170 Personen nahmen an einer Sitzung teil. Dennoch widersetzten sich die Gemeindevertreter der Fortsetzung der offensichtlich beliebten Praxis. Neun Gemeindevertreter stimmten dafür, ebenso viele dagegen. Die CDU-Fraktion stimmte geschlossen gegen eine Fortsetzung.



22.02.2022

EINLADUNG

Für die Mitglieder des Ausschusses für Schule, Sport, Jugend, Senioren und Soziales:
Die Hygienevorschriften, wie das Tragen eines Mund-/Nasenschutzes während der gesamten Sitzung, das Desinfizieren der Hände bei Betreten des Hauses und ein Sicherheitsabstand von 1,5 m zur nächsten Person, sind einzuhalten.
Für die Einwohner:
Alle öffentlichen Sitzungen der Gemeindevertretung und Ausschüsse werden ausschließlich über unseren YouTube Kanal der Gemeinde Ostseebad Heringsdorf in Bild und Ton übertragen. Unter jedem startenden Livestream finden Sie einen Link, über den alle in der jeweiligen Sitzung öffentlich gezeigten Dokumente und Präsentationen zum Download bereitstehen. Sollten Sie Fragen oder Anregungen an die Gemeindevertreter und Ausschussmitglieder haben, dann schicken Sie diese bitte aus organisatorischen Gründen bis spätestens am Vortag der Sitzung an die E-Mail-Adresse: abruemmel@aol.com.
Bitte beachten Sie, dass der Livestream aus rechtlichen Gründen nach der jeweiligen Sitzung wieder gelöscht wird.

YouTube Name: Gemeinde Ostseebad Heringsdorf
Direktlink:

In dieser Form wurden Bürgerinnen und Bürger in den Kaiserbädern zur Teilnahme an Ausschusssitzungen eingeladen. Wir meinen: Vorbildlich! So sollte es bleiben!

Via Livestream war allen Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit gegeben worden, an Ausschuss- und Gemeindevertretersitzungen teilzunehmen. Eine Anmeldung für den Newsletter auf der Webseite der Gemeinde reichte aus, um die Einladungen mit der Tagesordnung und dem Link zu den einzelnen Sitzungen zu erhalten. Zudem wurden auf der Facebookseite der Gemeinde die Sitzungen mit Verweis auf den Link angekündigt. Heringsdorfer Bürgerinnen und Bürgern bot sich die Chance, ihre Gemeindevertreter mit ihren Anliegen und ihren Argumenten kennenzulernen.

Als Insel-SPD setzen wir uns dafür ein, allen Menschen die Teilnahme an Kommunalpolitik zu ermöglichen. Der Einsatz moderner digitaler Medien kann dazu beitragen. Die Gemeindevertretung wird auf ihrer Sitzung im September darüber abstimmen, ob Live-Übertragungen dauerhaft eingeführt werden. Dieter Fürhoff, SPD-Mitglied in der Gemeindevertretung, wird sich auf jeden Fall dafür stark machen.

Die SPD Insel Usedom gratuliert dem neuen Bürgermeister der Stadt Wolgast. Auf gute Zusammenarbeit!

Krienker Bürgerinnen und Bürger setzen Geschwindigkeitsbegrenzung durch

Jahrelang blieben Forderungen nach einer Geschwindigkeitsbegrenzung an der Schulbushaltestelle in Krienke (Lieper Winkel) unbeantwortet. Im vergangenen Winter verschafften sich dann die Bewohnerinnen und Bewohner des Dorfes durch eine Unterschriftensammlung Gehör. Ein daraufhin vom Landtagsabgeordneten Falko Beitz initiierter Ortstermin mit Bürgern und Behörden brachte den Stein ins Rollen und seit Juni nun gilt Tempo 50 an der gefährlichen Stelle. Bürger-Engagement lohnt sich!

Tempo 50 im Bereich der Schulbushaltestelle: Ein wichtiger Schritt zu mehr Sicherheit für Kinder und Einwohner in Krienke

Sorge um den Bestand des Hans Werner Richter - Hauses in Bansin

Pläne für die Verdrängung der derzeitigen Ausstellung sind seit etwa zwei Jahren bekannt. Das HWR-Haus ist vor allem dem Nachlass des wohl berühmtesten Sohnes von Bansin gewidmet. Entschiedene Gegner der Pläne sind z. B. der ehemalige Bansiner Bürgermeister Dr. Lutz Piehler und der langjährige Insel-Pfarrer, Martin Bartels. Auf sie sollte die Gemeinde hören!

Wir machen uns Sorgen um das HWR-Haus und setzen uns für dessen Erhaltung ein.

Wohnraumerhaltungssatzungen sind erfolgreich

Die beiden Gemeinden Stolpe auf Usedom und Seebad Zinnowitz haben 2020 sogenannte „Wohnraumerhaltungssatzungen“ für ihre Gemeindegebiete auf den Weg gebracht, um der zunehmenden Umwandlung von Wohnraum für die Bevölkerung in Ferienhäuser und -wohnungen entgegenzuwirken. Beide Gemeinden hatten zuvor mit Sorge beobachtet, wie einerseits die Wohnbevölkerung sinkt (oder auf niedrigem Niveau verharrt), gleichzeitig aber die Zahl der Ferienbetten stark wächst, und sich damit der Ortscharakter und das soziale Gefüge der Gemeinden verändern.

Wohnraumerhaltungssatzungen stellen den Rückbau, die Änderung oder Nutzungsänderung bestehender baulicher Anlagen unter einen Genehmigungsvorbehalt durch die Gemeinde. Private Besitzer und Investoren müssen damit die Genehmigung der Gemeindevertretung einholen, bevor sie Wohnraum in Ferienunterkünfte umwidmen können. Wichtig ist, dass die Satzungen eine Umwidmung nicht grundsätzlich verbieten, sondern jeder Einzelfall gesondert betrachtet werden muss. Wie der Stolper Bürgermeister Falko Beitz betont: „Es geht nicht darum, einer Familie in jedem Fall zu verbieten, die freigewordenen Zimmer im Obergeschoß ihres Hauses als Ferienzimmer herzurichten, wenn die Kinder aus dem Haus sind“.

Es ist insgesamt noch zu früh, um den Erfolg der Satzungen beurteilen zu können. Allerdings sind erste Wirkungen sichtbar: In der Gemeinde Stolpe wurden der Gemeindevertretung bereits zwei Mal Umwidmungsanträge vorgelegt. Dabei konnten wichtige Erfahrungen gesammelt werden: Eine Wohnraumerhaltungssatzung führt nicht dazu, dass einheimischen Familien, die ihr Einkommen auch durch Ferienvermietung bestreiten, die Existenzgrundlage entzogen wird. Gemeindevertretungen können und werden hier behutsam alle Interessen abwägen und im Zweifelsfalle im Sinne der einheimischen Bevölkerung entscheiden. Auch wurde deutlich, dass durch die Satzung Umwandlungen nicht nur genehmigungspflichtig werden, sondern dass die Entscheidungen endlich auf Gemeindeebene getroffen werden können.

Benötigen Sie Unterstützung, um die Möglichkeit einer Wohnraumerhaltungssatzung auch in Ihrer Gemeinde zum Thema zu machen? Sprechen Sie dazu die SPD-Gemeindevertreter aus Stolpe und Zinnowitz an. Kontakt über kontakt@insel-spd.de.

Vorrang von Wohnraum vor Ferienunterkünften: Stolpe und Zinnowitz sind hier Vorreiter

Verhindert das Oberverwaltungsgericht das Bauen auf dem Kliff in Kamminke?

Die Entscheidung über ein umstrittenes Bauprojekt am Mühlenweg auf dem Kliff von Kamminke ist noch offen. Das Oberverwaltungsgericht in Greifswald hat am 10. Mai 2022 zu einem ähnlichen Bauprojekt auf dem Borner Holm (Darß) eine klare Position bezogen: Ablehnung!

Danach hat die SPD-Kreistagsfraktion den Landrat und die Landesregierung aufgefordert, auch das Kamminker Projekt zu stoppen. Da das Gerichtsurteil noch nicht in schriftlicher Form vorliegt und somit einer Auswertung durch die Behörden noch nicht zugänglich ist, steht eine endgültige Entscheidung aus.

Klar ist: Die Planung steht im Widerspruch zu dem Bauverbot der Paragraphen 3 und 4 der Landschaftsschutzgebietsverordnung des Landkreises Vorpommern-Greifswald. Danach sind alle „Handlungen verboten, die den Charakter des Gebietes und das Landschaftsbild nachhaltig verändern“.

Unglaublich: Fast unmerklich für die Öffentlichkeit wurden in den letzten drei Jahrzehnten durch Verordnungen des Landkreises immer wieder Teile aus dem Landschaftsschutzgebiet „Insel Usedom mit Festlandgürtel“ zur Bebauung frei gegeben. Damit muss jetzt Schluss sein: Das Gerichtsurteil zum Borner Holm gibt den Behörden keine andere Wahl!

Es steht zu befürchten, dass das jetzt geplante Bauprojekt auf der Kamminker Hochebene dazu führt, dass die Bauherren auf Dauer eine umfassende Bebauung der gesamten Freifläche durchzusetzen versuchen. Der Trick: Stückweise werden Teile dieser wunderschönen Freifläche herausgenommen, um dann die baugesetzliche Lückenbebauung durchzusetzen den. Dem werden wir Widerstand entgegensetzen!

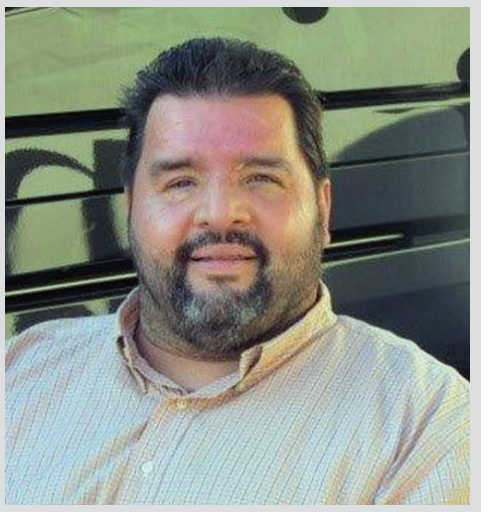
Das Kulturhaus Zinnowitz wird bald wieder im Glanz erstrahlen. Leider nicht für Einheimische erschwinglich: Eine für Dauerwohnen ausgelegte 91 m² Wohnung wird z. B. für € 890.000 angeboten, zuzüglich Kaufnebenkosten und Kosten für den Tiefgaragenplatz.

Tourismusausbau führt zu höheren Abwassergebühren

Der Trinkwasserverbrauch auf der Insel ist – kaum überraschend - deutlich durch den Tourismus geprägt. Nach Daten von 2016 stellten Verbraucher mit der kleinsten Zählerklasse, wie sie typischerweise in Einfamilienhäusern vorkommt, 89 Prozent aller Verbrauchsstellen dar. Sie haben aber nur 41 Prozent der gesamten Trinkwassermenge bezogen. Die restlichen 59 Prozent verteilen sich auf wenige große Zähler, wie sie vorwiegend in Hotels und großen Ferienanlagen zu finden sind. Vor allem der drastische Anstieg der Abwassergebühren stellt eine erhebliche Belastung dar. Die Abwassergebühren pro m³ stiegen 2021 um € 0,38 und 2022 um weitere € 0,61 in verbandseigenen Anlagen und um € 0,34 bzw. € 1,20 in verbandsfremden Anlagen (Wolgast, Swinemünde). Ein Haushalt mit einem Verbrauch von 100 m³ Litern würde demnach in diesem Jahr allein für die Abwassergebühren € 100 bzw. € 150 mehr als im Jahr 2020 aufbringen müssen.

Diese Belastung der Haushalte geht auf eine Kombination von Faktoren zurück. Gemessen am Bedarf der lokalen Bevölkerung sind die Klärwerke überdimensioniert mit der Absicht, auch für Bedarfsspitzen in der Urlaubssaison gerüstet zu sein. Damit gehen höhere Fixkosten einher, die sich aufgrund der nur saisonalen Auslastung dieser Anlagen in den Gebühren der Dauernutzer niederschlagen. Wie stark sich die Schwankungen des Volumens in den Gebühren auswirken, macht der Nachfrageeinbruch durch die Pandemie im Jahr 2020 deutlich. Der Minderverbrauch von 300.000 m³ 2020 gegenüber 2019 zwang den Zweckverband, die oben erwähnten Gebührenerhöhungen vorzunehmen.

Die einseitige Verbrauchsstruktur wird sich bei unkontrollierter Expansion des Tourismus weiter zu Lasten der Dauernutzer entwickeln. Sie werden über Gebührenerhöhungen zur Finanzierung der aufwändigen Abwassersysteme herangezogen. „Viele Investitionen resultieren unmittelbar aus geplanten Bauvorhaben in Kommunen, vor allem im touristischen Bereich“, registrierte der Geschäftsführer des Zweckverbandes. „Darauf müssen wir reagieren, um unseren Ver- und Entsorgungsauftrag erfüllen zu können.“ Dazu zählt z. B. die geplante Erweiterung der Kläranlage Zinnowitz mit einem Investitionsvolumen von ungefähr € 24 Millionen. Er wies darauf hin, dass es für einen spezifischen gewerblichen Verbrauchstarif keine rechtliche Grundlage gebe. Genau das ist aber vom Verursacherprinzip gefordert. **Die Insel-SPD sieht hier Reformbedarf.**



Roman Schmidt, Gemeindevertreter aus Zinnowitz, ist Mitglied im Jugendhilfeausschuss des Kreistages VG und jugendpolitischer Sprecher der SPD Insel Usedom

Marinekameradschaft Peenemünde mit Falko Beitz im Landtag

Mitglieder der Marinekameradschaft Peenemünde zu Besuch im Schweriner Landtag

Im Mai dieses Jahres konnte ich mit der Marinekameradschaft Peenemünde meine erste Besuchergruppe im Schweriner Landtag begrüßen. Nach Besichtigung des Schlossmuseums und gemeinsamem Mittagessen konnten sich die Teilnehmer über die Arbeitsweise des Landtages informieren. Im Anschluss gab es die Möglichkeit, an der laufenden Plenarsitzung des Landtages teilzunehmen und den Reden von Regierung und Opposition zuzuhören. Schließlich gaben mir die 30 Kameradinnen und Kameraden in einem gut einstündigen Gespräch wichtige Ideen zu den Politikfeldern Verkehr, Wohnen, Gesundheitsversorgung und Tourismusentwicklung für meine Arbeit mit. **(Falko Beitz, SPD-Landtagsabgeordneter)**

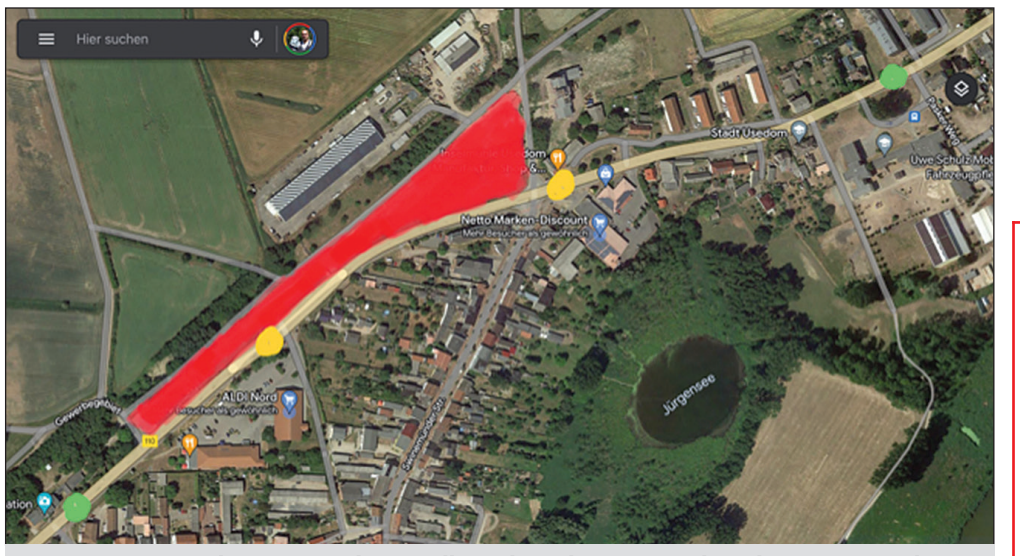
Wenn auch Sie an einem Besuchsprogramm im Landtag teilnehmen möchten, melden Sie sich bitte im SPD-Bürgerbüro, Lange Straße 14, 17438 Wolgast, Tel. 03836 27 60 394, Email wahlkreis@falko-beitz.de.

Rico Baumann übergibt Petition für Fußgängerampeln an der B110 in Stadt Usedom

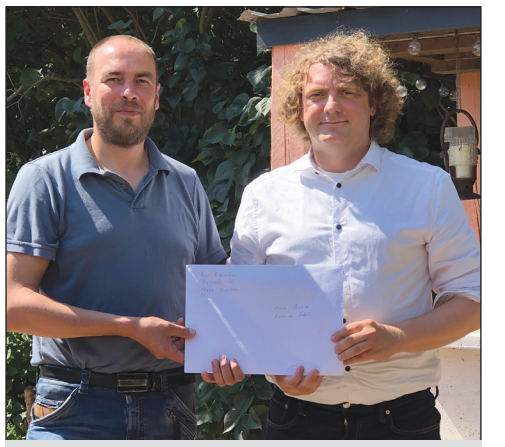
Die B110 im Inselsüden ist die meistbefahrene Straße auf Usedom. In der Stadt Usedom ist in den letzten Jahren ein neues Gebiet mit Seniorenwohnungen, verschiedenen Dienstleistungen und Gastronomie entstanden. Weil keine Fußgängerüberwege angelegt wurden, müssen die Senioren lange Wege zurücklegen, um auf die gegenüberliegende Straßenseite zu kommen, etwa um in einem der Geschäfte einzukaufen. Es gibt nur zwei Zebrastreifen im Abstand von ca. 1 km. Auf der stadtabgewandten Seite beim Bahlsen-Haus gibt es nicht einmal einen Bürgersteig, nur einen privaten Bretterweg, der Stolpergefahren mit sich bringt und bei Nässe und Frost oder Schnee zur Rutschbahn wird. Unlängst stürzte hier ein 88-Jähriger so schwer, dass er seitdem behindert ist. Auch ist der Übergang zwischen dem Einkaufszentrum am Netto und der Inselmühle gefährlich. Auf der nördlichen Seite der B110 liegen Wohnungen, in denen Familien mit Kindern und besonders schutzbedürftige alte Menschen leben. Beim Überqueren der Straße wurde hier bereits vor Jahren ein altes Ehepaar überfahren, wobei die Frau verstarb und der Mann schwer verletzt wurde.

Rico Baumann, von der SPD nominierter sachkundiger Einwohner in der Usedomer Stadtvertretung, hat daher eine Petition an den Bundestag eingereicht mit der Forderung nach zwei Fußgängerbedarfsampeln, je einer bei Aldi und Netto. Die Stadtvertretung und das Straßenbauamt Neustrelitz hatten sich im Mai darauf geeinigt, auf der Höhe von Aldi eine Verkehrsinsel zu schaffen. Das reicht nicht! Mit der Forderung nach Fußgängerampeln geht die Petition darüber hinaus, um mehr Sicherheit für die Senioren zu schaffen. Der SPD-Bundestagsabgeordnete und Mitglied im Petitionsausschuss Erik von Malottki hat Ende Juli die Petition entgegengenommen und Unterstützung versprochen.

Ohne Fußgängerampel kommt hier keiner sicher über die B110 in der Stadt Usedom. Entlang der Seniorenwohnungen wurde ein 400 Meter langer Zaun ohne Pforte errichtet – eine simple Lösung zulasten der dadurch Ausgeschlossenen.



Ca. 60 Seniorenwohnungen und Gesundheitsdienstleister im Gebiet des neuen „Stadtquartier" nördlich der B110 in Usedom (in rot). In diesem Bereich gibt es keine Fußgängerquerung, die Zebrastreifen (grüne Punkte) liegen 1 km auseinander. In gelb die von Baumann geforderten neuen Fußgängerampeln bei Netto und Aldi. Graphik: Rico Baumann.



Rico Baumann, sachkundiger Einwohner in der Usedomer Stadtvertretung, übergibt am 31. Juli 2022 die Petition an Erik von Malottki, SPD-Bundestagsabgeordneter und Mitglied des Petitionsausschusses.

Lubmin rückt ins Zentrum der ostdeutschen Gasversorgung

Seit mehr als zehn Jahren ist der Hafen Lubmin ein wichtiger Knotenpunkt für den Transport von Erdgas. Gegenüber Standorten wie Wilhelmshaven oder Brunsbüttel hat Lubmin den Vorteil, dass Flüssigerdgas (LNG) direkt ins bestehende Erdgas-Leitungsnetz Ostdeutschlands eingespeist werden kann. Die SPD-geführte Landesregierung hat sich daher früh und entschieden für die Ansiedlung von LNG-Terminals in Lubmin eingesetzt.

Mit Erfolg: Die Deutsche ReGas, zusammen mit Total Energies, startet im September 2022 mit vorbereitenden Arbeiten für die Einrichtung eines schwimmenden Flüssiggas-Terminals. Mit einem solchen Terminal könnten in Lubmin voraussichtlich bis zu 4,5 Milliarden Kubikmeter Gas pro Jahr angelandet werden, was etwa vier Mal so viel ist wie der durchschnittliche Jahresverbrauch Mecklenburg-Vorpommerns.

Der Hafen von Lubmin spielt eine zentrale Rolle bei der Gasversorgung Ostdeutschlands.

Wenn alle Genehmigungen zügig erfolgen, soll bereits ab Dezember mit dem Import von Flüssiggas begonnen werden. Dadurch könnten am Standort gut 300 Arbeitsplätze entstehen. Zusätzlich ist vorgesehen, dass Lubmin einer der vier Standorte für die vom Bund geplanten LNG Terminals wird. **Falko Beitz, energiepolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Mecklenburg-Vorpommern: „Für die Menschen vor Ort ist die wichtige Botschaft, dass die Gasversorgung der Privathaushalte für den Winter gesichert werden kann.** Und wir alle können mit unserem Heizverhalten aktiv dazu beitragen, die Situation zu stabilisieren und Engpässe zu vermeiden."

Treffen in Lubmin: Erik von Malottki (SPD), MdB, Frank Tornow (SPD), stellvertretender Bürgermeister des Seebades Lubmin, Axel Vogt (parteilos), Bürgermeister des Seebades Lubmin, Falko Beitz (SPD), MdL, und Julian Barlen (SPD), Fraktionsvorsitzender der SPD im Landtag

Gesundheitsversorgung zentrales Thema für die Insel

Seit Jahren erleben wir einen kontinuierlichen Rückgang bei der Versorgung von Haus- und Fachärzten. Die Altersstruktur der derzeit praktizierenden Hausärzte lässt den Schluss zu, dass sich der Mangel in Zukunft noch verschärfen wird. Fachärzte bevorzugen in ihrer Standortwahl oft größere Orte, was den Ärztemangel auf dem Land besonders gravierend macht.

Dunja Schimmel, Heringsdorf; gesundheitspolitische Sprecherin der SPD Insel Usedom

Die SPD Insel Usedom wird sich in Zukunft verstärkt dem Thema Gesundheitsversorgung auf der Insel widmen und dazu das Gespräch mit Ärzten, Verbänden, politischen Akteuren und der Öffentlichkeit suchen. „Wir machen uns dafür stark, dass die gesundheitspolitischen Interessen und Ziele für unsere Region auf landes- und bundespolitischer Ebene Berücksichtigung finden", meint dazu Dunja Schimmel, gesundheitspolitische Expertin der Usedomer SPD.

Rufen Sie uns an oder schreiben Sie uns Ihre Erfahrungen, Sorgen und Vorschläge rund um die medizinische Versorgung in und um Usedom. Kontakt: dunja.schimmel@gmx.de. Mehr Informationen zum Thema unter www.insel-spd.de.

Bannerwerbung bei Zinnowitz: Unkonventionelle Mittel sind gefragt, um Ärzte auf die Insel zu locken

Wichtige Termine

Geführter Spaziergang durch das Bebauungsgebiet Garz/Zirchow („Vitalwelt Inselträume"), mit Dr. Günther Jikeli und anderen Experten – Sonntag, 25. September 2022, 11.00 Uhr. Bitte anmelden (bis 20. September) per Email an jikelisen@gmail.com

Vorankündigungen für den Herbst:

- **Fachpolitische Veranstaltung zum Wohnungsbau** mit Experten, Praktikern und dem wohnungsbaupolitischen Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Rainer Albrecht
- **Tagesseminar Baurecht und Bauplanung,** durchgeführt (im November) von der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) MV
- Öffentliche **Diskussion zur Gesundheitsversorgung** auf der Insel Usedom

Bei Interesse melden Sie sich bitte unter kontakt@insel-spd.de.

Keine neuen Ferienwohnungen in Wolgast-Mahlzow

Mahlzower Bürgerinnen und Bürger haben sich über eine Unterschriftensammlung in die Bauplanung ihres Dorfes eingemischt. Im Juni hat der Wolgaster Bauausschuss den Vorentwurf des B-Planes für das Wohngebiet südlich der Mahlzower Straße gebilligt mit der Festlegung, dass im Wohngebiet keine Ferienwohnungen errichtet werden dürfen. Wir finden: **Solche Beispiele sollten Schule machen!**

Zu Pfingsten 1128 taufte auf den Usedomer Schlossberg Otto von Bamberg die Adligen Pommerns. Dies war der Anfang der Christianisierung Pommerns, ein bedeutendes historisches Ereignis. Pfingsten 2028 feiern die Usedomer das 900ste Jubiläum. Stadt und Heimatvereine sammeln für die Sanierung des Denkmals. Spenden sind sehr willkommen!

Impressum

Herausgeber (V.i.S.d.P.)
Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Ortsverein Insel Usedom
Falko Beitz (Vorsitzender),
c/o SPD Vorpommern-Greifswald, Weißgerberstr. 14, 17489 Greifswald
Email: kontakt@falko-beitz.de

Redaktionsteam:
Falko Beitz, Jutta Franz, Günther Jikeli, Peter Oesterdiekhoff

Druck: Druckerei Delta Swinoujscie
Email: info@deltadruk.com

Auflage: 12 000